

Richard Münch

Wissenschaft unter dem Regime des akademischen Kapitalismus¹

Die akademische Welt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, der durch das Ineinandergreifen von Prozessen der Transnationalisierung und der Ökonomisierung geprägt ist. Es bildet sich eine Art akademischer Kapitalismus heraus, in dem Universitäten zu Unternehmen werden, die sich darauf spezialisieren, ihren Namen als symbolisches Kapital zu vermarkten. Dadurch rückt die zirkuläre Akkumulation von monetärem und symbolischem Kapital ins Zentrum des Geschehens. Universitätspräsidenten werden zu Vorstandsvorsitzenden, die als Prinzipale ihre Professoren zu Agenten machen müssen, um sie mittels Kennziffernssteuerung zur Steigerung der Gewinne beitragen zu lassen. Die Universitätspräsidenten agieren dabei zugleich selbst als Agenten einer von ökonomischen Denkmodellen geprägten Weltkultur, die von den allseits und jederzeit bereitstehenden Unternehmensberatungen McKinsey, Boston Consulting Group (BCG) & Co. verkörpert wird.

1. Warum die deutsche Universität den Anschluss an die internationale Entwicklung verloren hat

Nach einer langen Zeit der latenten Krise wird das deutsche Bildungssystem in der Gegenwart kräftig durcheinandergewirbelt. Die Protagonisten der Reform sehen dessen im 19. Jahrhundert begründete Weltgeltung im globalen Wettbewerb der Bildungssysteme längst verloren. Ihre Gegner befürchten, dass auch die letzten Reste seiner ursprünglichen Größe auf dem Altar von Pisa und Bologna geopfert werden. In den einander entgegengesetzten Positionen steckt ein Stück Wahrheit. Dass amerikanische Studenten und Professoren nach Deutschland gereist sind, um sich von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Universitäten inspirieren zu lassen, ist schon gut 100 Jahre her. Im 20. Jahrhundert sind die USA, weil sie von Deutschland gelernt haben, zur wissenschaftlichen Hegemonialmacht aufgestiegen, die den ergeizigsten akademischen Nachwuchs der ganzen Welt anzieht und aus diesem ständigen Nachschub an jungen Forscherinnen und Forschern eine Erneuerungskraft zieht, die ihresgleichen sucht. Deshalb sind die Augen der Reformen längst auf das Modell USA gerichtet, um zu erkennen, was dort besser gemacht wird als in Deutschland.

Was begründet aber den Erfolg der USA? Oder sind die Verhältnisse dort gar nicht besser, und die hegemoniale Stellung der USA liegt allein an der Größe und Dichte des amerikanischen und der immer noch geringen Dichte des europäischen Publikationsmarktes, an der Hegemonie der eng-

1 Siehe auch Richard Münch: Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co., edition suhrkamp 2560, 1. Auflage, 2009, S. 93-113

lischen Sprache, an der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Spitzenforscher aus der ganzen Welt, maßgeblich erleichtert durch den schieren Reichtum von Harvard, Yale & Co.? Das Zusammenspiel dieser Faktoren erklärt sicherlich zu einem erheblichen Teil, warum Deutschland, aber auch ganz Europa in der Gegenwart nicht dasselbe Niveau an wissenschaftlichen Erfolgen erreichen wie die USA. Gingen 1951 bis 1960 noch 18 Nobelpreise nach Frankreich, Deutschland und Großbritannien und 17 in die USA, waren es in den Jahren 1991 bis 2004 nur 18 für die drei europäischen Länder, aber 43 für die Vereinigten Staaten.

Die deutsche Universität als sozial und kognitiv geschlossene Anstalt

Die Hegemonie der USA in den Wissenschaften ist eine nicht zu bestreitende Tatsache. Man macht es sich aber zu leicht, wenn man allein die genannten Machtfaktoren zur Erklärung heranzieht. Es gibt tiefergehende strukturelle Differenzen zwischen den jeweiligen Organisationen von Bildung und Wissenschaft, die dafür als Ursachen zu identifizieren sind. Auf Deutschland bezogen sind diese strukturellen Wettbewerbsnachteile in der Idee der Universität zu erkennen, wie sie ausgehend von Vorformen wie in Göttingen schon im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, dann aber zugespitzt in Wilhelm von Humboldts Organisationsplan für die 1810 gegründete Berliner Universität niedergelegt wurde.

Die Gründer der Berliner Universität und der ihrem Muster folgenden weiteren deutschen Hochschulen waren Philosophen, Historiker, Literatur- und Sprachforscher, die ihre aus dem Humanismus gespeiste Idee der Bildung durch Wissenschaft, des forschenden Lernens und lehrenden Forschens in Einsamkeit und Freiheit zum sakralen Kern der neuen Universität gemacht haben (Schelsky 1971). Dieses heiligste Innere sollte von der Korporation der Professorenschaft in der akademischen Selbstverwaltung autonomer Universitäten gegen alle Nützlichkeitsforderungen aus der Gesellschaft kompromisslos bewahrt werden. Die dafür erforderlichen materiellen Voraussetzungen der Finanzierung und rechtlichen Voraussetzungen der Autonomie der Universität sollte der Staat gewährleisten. Im Austausch haben die Universitäten neben ihrem eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs die zukünftigen Staatsdiener in Schulen und Behörden als Fundamente des „Kulturstaates“ ausgebildet. Nur auf der sozialen Grundlage dieses Bündnisses der bildungsbürgerlichen Elite mit dem Staat des „aufgeklärten“ Absolutismus konnte in seiner Reinheit gedeihen, was die nur in Deutschland entstandene Geisteswissenschaft ausmacht und von den *arts and humanities* im angelsächsischen Sprachraum, aber auch von den *lettres* in Frankreich unterscheidet.

Die Welt des sich über die Universitätsbildung selbst reproduzierenden, staatlich alimentierten Bildungsbürgertums existierte in dieser Geschlossenheit nur in Deutschland, während insbesondere in England zwischen dem Bildungsbürgertum und dem gewerblichen Bürgertum ein viel regerer sozialer Austausch bestand. Das hat sich bis in die jüngere Vergangenheit darin gezeigt, dass in England ein Studium der Geschichte, der Sprache und der Literatur ganz natürlich auf die Übernahme von Führungspositionen in der Wirtschaft vorbereitet hat. Voraussetzung dafür war ein Verständnis dieser Disziplinen als Pflege der kulturellen Traditionen, deren Aneignung den Habitus des Gentleman prägt. *History*, *arts* und *humanities* sind demgemäß keine kanonisierten und methodologisch disziplinierten Geisteswissenschaften, sondern offene Disziplinen, denen es keine Schwierigkeiten bereitet, sich sowohl für Impulse aus anderen Fächern als auch für die praktischen Erwartungen der Ausbildung für Führungspositionen nicht nur in der staatlichen Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft zu öffnen. Davon unterscheiden sich die deutschen Geisteswissenschaften grundsätzlich. Sie haben auf das Fundament der sozialen Schließung des Bildungsbürgertums durch den Methodenkanon der Hermeneutik gesetzt. Zur Verteidigung dieser

im Vergleich einmaligen Stellung diente ihnen die staatlich garantierte Autonomie der Universität und die akademische Selbstverwaltung der professoralen Korporation.

Die mit der massiven Industrialisierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stark wachsende Nachfrage nach praktisch nützlicher Ausbildung konnte aufgrund der autonomen Stellung und der akademischen Selbstverwaltung weit mehr als in anderen Ländern abgewehrt und neu gegründeten Schulen und Hochschulen übertragen werden. Das Gymnasium wurde durch das Realgymnasium vor praktischen Anforderungen geschützt, die Universitäten durch die Technischen Hochschulen. Nicht verhindert werden konnte jedoch die Expansion der Naturwissenschaften an den Universitäten. Sie blühten auf ihre Weise unter den Bedingungen des forschenden Lernens und des lehrenden Forschens in den Labors herausragender Forscher und Lehrer, die Nachwuchs aus aller Welt anzogen. Was aber zusätzlich die Bewahrung des inneren disziplinären Kerns über einen langen Zeitraum hinweg ermöglicht hat, war die Organisation der Lehre durch Lehrstühle und der Forschung in Instituten, die von Lehrstuhlinhabern als Direktoren geleitet wurden. Die Zahl der Lehrstühle richtete sich nach der Zahl der Kerngebiete einer Disziplin. Weil die Lehrstuhlinhaber ihr ganzes Kerngebiet in Lehre und Forschung zu beherrschen hatten, benötigten sie Mitarbeiter, um diese Aufgaben überhaupt erfüllen zu können. Im Rahmen dieser Personalstruktur war es nur möglich, die Kerngebiete mit ordentlichen Professoren, d.h. Lehrstuhlinhabern zu besetzen. Neue Forschungsgebiete entstehen aber stets in den Randzonen der Disziplinen. Die Bestellung dieser Gebiete wurde in der Regel Außerordinarien und Privatdozenten mit weniger korporativen Rechten übertragen.

Diese strukturelle Konstellation hat es ermöglicht, den inneren disziplinären Kern lange Zeit in seiner Reinheit zu bewahren und vor Störungen durch Forschung an den Schnittstellen von aneinander angrenzenden Disziplinen und durch praktische Anforderungen zu schützen. Sie hat diese Wirkung nicht nur in den Geisteswissenschaften, sondern auch in den Naturwissenschaften gehabt, wo das Lehrstuhlprinzip im Verein mit der korporativen Selbstverwaltung der Professoren die Erschließung neuer Forschungsfelder und den Aufbau angewandter Forschung erschwerte. Die geschlossene Universität hat die Entwicklung neuer Felder zunehmend an die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, bzw. in deren Nachfolge an die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, abgetreten und die angewandte Forschung der Industrie sowie den Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Leibniz-Gemeinschaft überlassen (Ben-David 1971: 108-138). Der modernen deutschen Universität wohnte also von den Gründerjahren Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts an ein außergewöhnlich hohes Maß der sozialen und kognitiven Schließung inne, das maßgeblich durch ihre Autonomie und ihre korporative Selbstverwaltung geschützt wurde. Dass sie sich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts und endgültig in den siebziger Jahren sozial für immer größere Massen an Studierenden öffnen mußte, hat in ihrem Inneren eine Spannung zwischen der Bewahrung ihres sakralen disziplinären Kerns und ihrer Öffnung für neue Ausbildungsbedürfnisse weit über den lange Zeit dominanten Staatsdienst hinaus erzeugt, die bis heute noch nicht aufgelöst werden konnte. Der Kampf um die Umsetzung des Bologna-Prozesses ist ein aktuelles Symptom dieses historisch tief verwurzelten Spannungsverhältnisses.

Disziplinäre Stabilität auf Kosten von Differenzierung, Interdisziplinarität und Erneuerung

Neben den massiv gestiegenen praktischen Anforderungen der Ausbildung für Tätigkeiten in der privaten Wirtschaft sind auch stark gewachsene disziplinäre Störungen in den Grenzbereichen zwischen den Disziplinen getreten. Unter den viel offeneren Bedingungen im angelsächsischen Kontext haben sich in diesen Bereichen neue Forschungsgebiete entwickelt, wobei Deutschland den Anschluß verloren hat, weil dafür die strukturellen Bedingungen der Expansion über den

Kernbereich einer Disziplin hinaus und deren dauerhafter Absicherung durch Professorenstellen fehlen. Die Oligarchie der Lehrstühle und Institute und die korporative Selbstverwaltung haben es ermöglicht, länger als in Großbritannien und den USA die Kerngebiete vor interdisziplinärer Befleckung zu schützen und rein zu halten. Gleichzeitig bildeten sie die soziale Grundlage für vergleichsweise geringe Fähigkeiten der Expansion, der daraus folgenden Erneuerung und Schaffung neuer Forschungsfelder, neuer Disziplinen und auch neuer Studiengänge im Schnittfeld mehrerer Disziplinen. Erneuerungen haben da und dort Inspirationen aus Deutschland erhalten, konnten hier aber mangels struktureller Unterstützung nicht fest institutionalisiert werden und expandieren.

Was insbesondere in den USA breit ausgebaut wurde, existiert hierzulande bis heute nur in höchst prekärer Weise an den Rändern der Disziplinen; die Chancen, wirklich aufzublühen, sind gering. Beispiele für auf diese Weise neu entstandene Disziplinen sind Psycholinguistik, Neurolinguistik, Behavioral Economics, Neuroeconomics, Historical Sociology, Administrative Science. Beispiele für breite und fest etablierte Forschungsfelder sind Gender Studies, Studies in Law, Studies in Religion, Studies on Ethnicity, Educational Research, Migration Studies, Cultural Studies, Development Studies und European Studies. Nichts davon findet sich in Deutschland auf breiter Front institutionalisiert. Die wesentliche strukturelle Ursache dafür besteht darin, dass die deutsche Universität wie ein Bollwerk den Kern ihrer Disziplinen bewahrt hat, spiegelbildlich dazu aber die soziale und kognitive Öffnung bis heute nur als einen Widerspruch erlebt, den sie nicht aufzuheben vermag.

Disziplinäre Differenzierung, Interdisziplinarität und Erneuerung in den USA

Betrachten wir zum Vergleich die amerikanische Universität, dann sind es vier wesentliche strukturelle Unterschiede, die ihr die weit größere Kraft zur Expansion in Forschung und Lehre und zur ständigen Erneuerung verliehen haben. Es waren 1.) der komplette Verzicht auf hierarchische Strukturen, 2.) die Organisation der Lehre in großen Departments von selbständig lehrenden jüngeren und älteren Professoren ohne feste Mitarbeiter, 3.) die Organisation der Forschung in flexibel zusammengesetzten Forschungsteams und in interdisziplinären Zentren und 4.) die Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre als Recht der einzelnen Professoren, aber nicht als Recht ihrer korporativen Selbstverwaltung bis in die Spitze der Universitätsleitung hinein (Ben-David 1971: 139-168). Letzteres heißt, dass sich die Professoren nicht in permanenten Territorialkämpfen verschleifen, sondern sich auf ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit konzentrieren können, während die Leitungsaufgaben den professionellen Händen des Universitätsmanagements überlassen bleiben.

Diese strukturellen Bedingungen haben es ermöglicht, dass neue Disziplinen und neue Forschungsfelder nicht in den Kinderschuhen steckengeblieben sind, sondern sich gleichrangig zu den Kerngebieten zu voller Blüte entfalten konnten. Ebenso war es möglich, auf der Grundlage dieser disziplinären Ausdifferenzierung und interdisziplinären Forschung eine Vielzahl von Bachelor-Studiengängen im Schnittfeld verschiedener Disziplinen zu entwickeln und zu einem attraktiven Angebot zu machen. Die Bachelor-Studenten entscheiden sich deshalb nicht für Sociology, Psychology, Political Science oder Economics, sondern für Communication Studies, Media Studies oder International Studies. Die klassischen Disziplinen werden in den USA erst im Ph.D.-Studiengang mit einem Master als Zwischenstufe oder vorzeitigem Austritt gewählt, und dies an einem Department, an dem 40 Professoren jede nur denkbare Spezialität anbieten, aber keiner den heroischen Anspruch eines deutschen Ordinarius auf Vertretung eines ganzen Kerngebietes seines Faches erhebt. Im Vergleich mögen sie deshalb oft als eng spezialisiert erscheinen. Den ohnehin nicht mehr zu erreichenden Überblick über das große Ganze brauchen sie allerdings

auch nicht zu haben, weil dieser durch das Ensemble von 40 Professoren – freilich ohne jede Konzentrierung und vollkommen fragmentiert – gewährleistet wird.

Reformen: Auf dem Weg zu disziplinärer Differenzierung, Interdisziplinarität und Erneuerung?

Die deutschen Universitäten werden jetzt durch die gezielte Förderung interdisziplinärer Forschungsk Kooperation, durch den Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative auf einen neuen Pfad der kognitiven sowie soziale Öffnung und der horizontalen sowie vertikalen Differenzierung gesetzt. Gleichzeitig wird das Bollwerk der korporativen Selbstverwaltung der Professoren zunehmend geschliffen und durch ein Hochschulmanagement mit einem Hochschulrat als Aufsichtsorgan ersetzt. Letzteres ist sicherlich ein Eingriff in die Herrschaftsstrukturen der Universität, der ihnen weit mehr Fähigkeit zum Wandel und zur Anpassung an neue Herausforderungen verleihen wird, als dies bisher möglich war. Allerdings wird die flächendeckende Kontrolle der Professoren durch Zielvereinbarungen und Kennziffern nach dem Prinzip des New Public Management (NPM) stupide Punktejäger an die Stelle kreativer, ihrer inneren Berufung und Begeisterung für die Sache folgender Forscher und Lehrer setzen und damit den Erkenntnisfortschritt erheblich bremsen.

Weitgehend unangetastet geblieben ist jedoch die oligarchische Struktur der Organisation von Lehre und Forschung. Das bedeutet, dass in den interdisziplinären Projekten nur Mitarbeiter ohne akademische Karriereaussichten verheizt werden, ohne dass daraus auf breiter Front neue Forschungsfelder und Disziplinen entstünden. Damit fehlt auch der Lehre ein Unterbau der disziplinären Ausdifferenzierung und multidisziplinären Zusammensetzung neuer Studiengänge. Dieses Manko wird noch dadurch verstärkt, dass ein wachsender Teil der Lehre in den Randgebieten von den Ordinarien auf Mitarbeiter, Lehrkräfte und Lehrprofessoren abgewälzt wird. Diese Strategie verhindert die feste wissenschaftliche Fundierung der neuen, im Schnittpunkt mehrerer Disziplinen angesiedelten Studiengänge. Die Exzellenzinitiative hat die Heerschar von Mitarbeitern ohne Karriereaussichten, um annähernd 4000 erhöht. Das heißt, dass die investierten zwei Milliarden Euro weitgehend von den oligarchischen Strukturen aufgesogen werden, ohne dass sich daraus dauerhaft etwas Neues entwickeln könnte.

Man wird auf eine weitere Reforminitiative warten müssen, bis das Erneuerungspotenzial der deutschen Universität erkennbar gesteigert sein wird, die soziale und kognitive Öffnung nicht nur im Widerstreit mit dem sakralen Kern steht, sondern dieser Widerstreit produktiv in neue Forschungsfelder umgesetzt wird und damit das Alte nicht zu Grabe getragen werden muss, sondern in einem neuen Umfeld in erneuerter Form fortbestehen kann. Das ist letztlich auch die allein erfolgversprechende Überlebensstrategie der Geisteswissenschaften alter Tradition. Bologna könnte ihnen sogar eine neue Chance eröffnen. Sobald man akzeptiert haben wird, dass die 12-jährige Schulzeit – ob im Gymnasium oder in der nach Bedarf differenzierten Gemeinschaftsschule verbracht – keine direkte Befähigung zum wissenschaftlichen Studium vermittelt, können sie als Kernkompetenz einer Art von Liberal Arts College zu neuer Blüte gelangen. Ein solches College wäre auf einen Bachelor-Studiengang nach dem humanistischen Bildungsideal spezialisiert und würde junge Menschen sowohl direkt für den wachsenden Arbeitsmarkt der Kulturwirtschaft als auch für ein anschließendes Graduiertenstudium (M.A., Ph.D.) in den Geisteswissenschaften qualifizieren. Diese Chance besteht in der Tat, weil die Geisteswissenschaften dann nicht mehr als Verlegenheitslösung orientierungsloser Abiturienten erhalten müssten, sondern bewusst von einer kleinen Schar von Studierenden gewählt würden, die sich ihnen voll und ganz verschrieben. Dann stünde Bologna nicht für den endgültigen Abschied von Humboldt, sondern für Humboldts be-

scheidene Wiederauferstehung in einer kleinen Nische eines differenzierten Bildungssystems im 21. Jahrhundert.

In dem Bestreben, Anschluss an die USA zu finden, gerät die deutsche Universität allerdings in einen Sog, der ihre alten Stärken verschwinden lässt, ohne dass die Gewähr für den Aufschwung zu neuer Größe gegeben wäre. Das für mangelnde Wandlungsfähigkeit verantwortliche Regime des professoralen Korporatismus wird durch die Umstellung auf die unternehmerische Universität geschliffen. Gleichwohl bleibt die alte oligarchische Organisation von Forschung und Lehre erhalten. Die im föderalen Pluralismus enthaltene Kombination von Vielfalt und Wettbewerb wird von Tendenzen zur Oligopol- und Monopolbildung überlagert. Die Umstellung auf NPM bringt eine neue Form der Zentralverwaltungswirtschaft mit sich. So deutet sich an, dass die deutschen Universitäten zwar einem kräftigen Wandel unterzogen werden, dieser aber nicht die Leistungssteigerung hervorbringen wird, auf die man allseits hofft. Dieser Wandlungsprozess unterwirft die Wissenschaft zunehmend den Gesetzmäßigkeiten eines akademischen Kapitalismus, in dem die Verwertung des Wissens zur Kapitalakkumulation gegenüber dem offenen Prozess der Erkenntnissuche die Oberhand gewinnt und auf die Schließung der Wissensrevolution hinwirkt.

2. Universitäten als Unternehmen

Dass sich Universitäten immer mehr auch als privatwirtschaftliche Unternehmen engagieren und versuchen, das Wissen, das sie akkumulieren und generieren, in ökonomisches Kapital umzuwandeln, hat zunehmende Aufmerksamkeit der Forschung auf sich gezogen (Clark 1998). Diese Entwicklung lässt sich in beiden Kernbereichen der klassischen Universität beobachten: Lehre und Forschung. Weit vorangeschritten sind in dieser Hinsicht insbesondere die privaten Spitzenuniversitäten in den USA, auf die hier zunächst eingegangen werden soll.

Diese Veränderungen im strategischen Verhalten von Universitäten wird in erster Linie darauf zurückgeführt, dass ihre staatliche Unterstützung immer weiter gekürzt wird und sich die akademischen Einrichtungen demzufolge nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten umsehen müssen (Berg 2005; Bok 2003; Washburn 2005). Besonderen Fokus auf diesen Aspekt legen dabei Slaughter und Leslie (1997), die den gesamten Prozess der Ökonomisierung aus der Perspektive der Ressourcenabhängigkeit betrachten. Gegen diese Erklärung kann man aus einer neoinstitutionalistischen Perspektive einwenden, dass es wohl keine Epoche gab, in der Hochschulen nicht über knappe Finanzmittel geklagt haben. Dass diese Klage erst in der jüngeren Vergangenheit zu einer richtigen Quelle des unternehmerischen Selbstverständnisses der Universität wurde, muss deshalb andere Ursachen haben. Als ein naheliegender Grund bietet sich an, dass seit der neoliberalen Revolution der achtziger Jahre das ökonomische Denken in eine hegemoniale Stellung gelangt ist und nahezu alle Lebensbereiche erfasst und nach seinen eigenen Gesetzen umgestaltet hat (Cambell und Pedersen 2001; Fourcade 2006).

Einen neoinstitutionalistischen Ansatz zur Erklärung der skizzierten Veränderungen wählen auch Frank und Gabler (2006). Sie führen überzeugend aus, dass es nicht in erster Linie wirtschaftliche und politische Entwicklungen waren, die diesen Wandel vorangetrieben haben, sondern Transformationen auf globaler institutioneller Ebene: die „Rationalisierung und Säkularisierung der global institutionalisierten Kosmologie“, das entstehende Selbstbewusstsein des Menschen als eigenmächtig Handelndem, die Abkehr von etablierten hierarchischen Strukturen und die Verbreitung der Ideen der Netzwerkgesellschaft. In ihrer Langzeitperspektive gehen sie allerdings auf die jüngste Entwicklung der zunehmenden Ökonomisierung der Universitäten nicht ein. Um dieser zu

allgemein gehaltenen institutionalistischen Erklärung einen aktuelleren Realitätsgehalt zu geben, müsste man die globale Verbreitung des Diskurses über die „Wissensökonomie“ bzw. „Wissensgesellschaft“ in den Vordergrund stellen, in dessen Rahmen sich die Rolle der Universitäten in der Gesellschaft fundamental ändert (Delanty 2001).

In der Perspektive dieses Diskurses hängt unser zukünftiger Wohlstand vom immer schnelleren Wachstum des Wissens und dessen immer rascherer Umsetzung in Technologie und ökonomisch verwertbare Produkte ab. Das ist zwar immer schon so gewesen, es ist aber im Rahmen des aktuellen Diskurses als Quelle ökonomischen Wachstums und der Ertragssteigerung von Unternehmen ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und wirtschaftlicher Interessen geraten. In diesem Rahmen stehen private Universitäten gegenüber ihren Stakeholdern in der Verantwortung, die Rendite ihrer Abschlüsse für ihre Absolventen zu steigern, indem sie sich durch die Akkumulation von symbolischem und materiellem Kapital von ihren Konkurrenten absetzen. Dazu gehören weltweite Präsenz, die erfolgreiche Vermarktung exklusiver Bildungstitel, materielle und symbolische Erträge aus der Aufmerksamkeit für ihre Forscher sowie ihre Forschungsergebnisse und Patente. Die Privatuniversitäten setzen mit ihrer weltweiten Sichtbarkeit – unterstützt durch das Shanghai-Ranking – die Maßstäbe, die von den öffentlichen Universitäten erreicht werden müssen, wenn sie überhaupt noch wahrgenommen werden wollen.

Ökonomisierung der Lehre

In der Lehre setzen Universitäten immer stärker auf Fortbildungsangebote für Berufstätige (Bok 2003). Es entstehen sogar reine Weiterbildungseinrichtungen (Berg 2005), während gleichzeitig der Wettbewerb um die Studenten in den grundständigen Studiengängen immer schärfer wird (Berg 2005; Geiger 2004). Dies führt dazu, dass die Hochschulen versuchen, sich wechselseitig in ihrem Angebot für die Studierenden zu übertrumpfen. Der Ressourcenaufwand wird deshalb immer größer (Bok 2003). Durch die erhöhten Kosten sind im Laufe der Zeit die Studiengebühren enorm gestiegen, was jedoch durch umfangreiche Unterstützungsleistungen für bedürftige Studenten kompensiert wurde (Geiger 2004). Die soziale Selektivität des Bildungssystems hat trotzdem zugenommen, weil die Stipendien nicht in ausreichendem Maße für gleiche Chancen sorgen. Die ganz neue Initiative der reichsten amerikanischen Universitäten, noch großzügiger als bisher Studiengebühren zu erlassen bzw. durch Stipendien zu kompensieren, ist auf zunehmende Klagen aus ihren eigenen Reihen zurückzuführen. Auch Eltern aus der Mittelschicht können die exorbitant hohen, bis zu 45 000 US-Dollar pro Studienjahr reichenden Gebühren für ein vierjähriges Bachelor-Studium nicht mehr bezahlen. Mit einem Vermögen von (vor der Finanzkrise) 18, 23 bzw. 36 Milliarden US-Dollar fällt es Stanford, Yale und Harvard allerdings leicht, großzügig Stipendien zu vergeben, um sich die klügsten Köpfe zu sichern. Ihre staatlichen Mitkonkurrenten, wie etwa die Universität von Kalifornien in Berkeley, die sich das kaum leisten können, drängen sie mit solchen Geschenken weiter an den Rand. Den Kindern aus den unteren Schichten bringt die neue Großzügigkeit kaum einen Gewinn, weil ihnen ihre Herkunft nicht das notwendige kulturelle und soziale Kapital verschafft, um überhaupt Zugang zu den reichen Universitäten zu finden (Schultz 2008).

Die kapitalkräftigsten amerikanischen Universitäten gründen inzwischen weltweit Niederlassungen, um ihre Reputation (symbolisches Kapital) rund um den Globus mittels Studiengebühren in die Akkumulation von monetärem Kapital umzusetzen (Lewin 2008). Sie beschäftigen überwiegend Lehrkräfte aus den jeweiligen Heimatländern. Auf der einen Seite helfen sie dadurch, den Bildungsstandard von Entwicklungs- und Schwellenländern auf westliches Niveau zu heben, auf der anderen Seite tragen sie zur globalen Dominanz amerikanischer Standards und zur Verdrän-

gung anderer, auch anderer westlicher Bildungskulturen bei. Gleichzeitig sichern sie sich dadurch den Zugang zu bislang unerschlossenen Ressourcen. Die konkurrierenden Länder sehen sich dadurch zu gleichgerichteten Maßnahmen gezwungen. So will die Bundesregierung Forschungszentren an strategisch wichtigen Plätzen in Entwicklungs- und Schwellenländern einrichten, um sich ebenso Zugang zu Nachwuchsforschern zu verschaffen. Dem *brain drain* aus Deutschland in die USA soll entgegengewirkt werden, indem man einen *brain drain* aus den Entwicklungs- und Schwellenländern nach Deutschland erzeugt, was wiederum die Entwicklungschancen dieser Ländern behindert.

Ökonomisierung der Forschung

Weitaus mehr Augenmerk wird jedoch auf die zunehmende kommerzielle Verwendung der Forschung gelegt (Weingart 2001: 171-231). Dabei lassen sich vier verschiedene Typen der Kommerzialisierung akademischer Forschung unterscheiden: 1.) Die Patentierung und Lizenzvergabe durch die Fachbereiche selbst oder durch universitätsweite Transfer-Büros; 2.) die Ausgründung von Start-up-Unternehmen, in denen die Wissenschaftler ihre Entwicklungen selbst vermarkten; 3.) Unternehmen als Auftraggeber akademischer Forschung; und 4.) die Schaffung staatlich geförderter Einrichtungen, in denen Unternehmen und Universitäten zusammenarbeiten.

Jeder dieser Wege wurde in den letzten Jahren in deutlich gestiegenem Ausmaß beschritten. Die Gründe dafür liegen mehr oder weniger auf der Hand: Neben der sinkenden Unterstützung durch den Staat (Slaughter und Leslie 1997; Slaughter und Rhoades 2004; McSherry 2001; Berg 2005; Bok 2003; Washburn 2005; Geiger 2004) werden hier oftmals auch rechtliche und institutionelle Veränderungen angeführt, die diese Entwicklung erst möglich gemacht haben. Insbesondere ist hier der Erlass des Bayh-Dole-Acts im Jahr 1980 zu nennen (Washburn 2005; Geiger 2004), der es Universitäten in den USA erlaubte, Eigentumsrechte an Ergebnissen staatlichlich finanzierter Forschung geltend zu machen. So wurde es ihnen ermöglicht, eigenständig Patente anzumelden und Lizenzen zu vergeben. Dass das Ergreifen dieser neuen Möglichkeiten die Folge bewusster Entscheidungen der Universitätsführungen war, betont insbesondere Washburn (2005).

Ein weiterer zentraler Faktor, der die Ökonomisierung der Forschung vorangetrieben hat, ist das politische Ziel, Hochschulen zu Motoren der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung zu machen (Geiger 2004; Washburn 2005). Das allseits bekannte Vorbild ist hier das Silicon Valley. Nach der Ansicht von Geiger (2004) bietet die Biotechnologie in dieser Hinsicht ein ähnliches Potenzial wie damals die Informations- und Kommunikationstechnik. Washburn (2005) hebt jedoch hervor, dass für eine solche Entwicklung auch die übrige regionale Infrastruktur das Wachstum kleiner Unternehmen fördern muss.

Was die Konsequenzen angeht, sehen alle Autoren sowohl wünschenswerte als auch negative Entwicklungen. Einhellig wird konstatiert, dass die kommerzielle Nutzung der Forschungsergebnisse für die Universitäten eine Möglichkeit darstellt, die sinkenden staatlichen Zahlungen zu kompensieren. Washburn (2005) weist jedoch darauf hin, dass diese Potenziale nur von wenigen Universitäten tatsächlich realisiert werden können, an den meisten Hochschulen würden die Einnahmen durch die hohen Verwaltungs- und Vermarktungskosten egalisiert. Dies führt schließlich dazu, dass einige wenige Universitäten von der Entwicklung profitieren und andere finanzielle Nachteile hinnehmen müssen. Ein weiterer positiver Aspekt der Ökonomisierung der Forschung wird in der Schaffung von Anreizstrukturen gesehen, die effizientes Handeln und einen überlegten und sparsamen Ressourcenverbrauch fördern (Bok 2003). Zudem steigere eine intensive Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Unternehmen das Image und damit auch die Legitimität

(Slaughter und Leslie (1997). Auf die Grundlagenforschung könne sich die kommerzielle Forschung in den angewandte Fächern positiv auswirken. So ließen sich durchaus *spillover*-Effekte beobachten, bei denen angewandte Forschung neue theoretische Fragen aufwirft oder alternative Lösungsansätze anbietet (Slaughter und Leslie 1997).

Um für Geldgeber attraktiv zu sein, werden „Wissenschaftsstars“ eingekauft, die helfen, die Reputation der Einrichtung zu steigern. Das Verhältnis von Grundlagenforschung zu angewandter Forschung stellte jedoch in den letzten Jahren gleichzeitig eines der größten Probleme dar. So führt der starke Fokus auf die kommerzielle Verwertung der Ergebnisse immer mehr dazu, dass angewandte Fächer gegenüber „theoretischen“ oder grundlegenden bevorzugt werden (Slaughter und Leslie 1997). Es entsteht auch ein Wettbewerb zwischen den Fachbereichen innerhalb einer Universität, was zu weiteren Konflikten führen kann (Slaughter und Leslie 1997). Nach Washburn (2005) leidet auch das akademische Personal unter dieser Entwicklung, da beispielsweise die Zahl der klassischen *tenure-track*-Stellen reduziert wird. Auf diese Weise werde das klassische Selbstverständnis der Universität als „Ort des Wissens“ immer weiter untergraben und geschwächt.

Ein weiteres zentrales Problem bei der Kommerzialisierung der Wissenschaft ist die Gefahr von Interessenskonflikten zwischen wissenschaftlichem Ethos und Anspruch sowie den Interessen der Auftraggeber oder potenziellen Kunden. Hier könnte für Forscher der Anreiz entstehen, Untersuchungen zu manipulieren, um so nützlichere Ergebnisse zu erzielen (Bok 2003; Washburn 2005). Washburn zufolge sind die Bereiche Biotechnologie und Pharmaforschung in dieser Hinsicht besonders gefährdet.

Ein letzter Problempunkt sind Geheimhaltungsvereinbarungen. Die Vermarktbarkeit von Wissen hängt oftmals davon ab, dass dieses nicht allen bekannt ist. Daher können Universitäten ihre Forschungsergebnisse regelmäßig nicht veröffentlichen, wenn sie vermarktet werden sollen. Dieses Vorgehen steht jedoch im Widerspruch zu dem wissenschaftsethischen Prinzip der allgemeinen Zugänglichkeit des Wissens (Bok 2003). Andere Autoren können nicht auf diesem geheim gehaltenen Wissen aufbauen, Studenten können es in ihren Prüfungen und Arbeiten nicht verwenden, und selbst die vorgeschriebene Publikation bestimmter studentischer Arbeiten kann problematisch werden (Washburn 2005). Auch das Eigentum an erstellten Datensätzen kann rechtliche Konflikte hervorrufen (Washburn 2005). Das akademische Leben wird auf diese Weise jedenfalls deutlichen Einschränkungen unterworfen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die meisten Autoren sind der Meinung, dass die zunehmende Ökonomisierung der Universitäten Vor- und Nachteile aufweist. Geiger (2004: 265-266) fasst dies prägnant zusammen: „[T]he marketplace has, on balance, brought universities greater resources, better students, a far larger capacity for advancing knowledge, and a more productive role in the U.S. economy. At the same time, it has diminished the sovereignty of universities over their own activities, weakened their mission of serving the public, and created through growing commercial entanglement at least the potential for undermining their privileged role as disinterested arbiters of knowledge. [...] The gains have been for the most part material, quantified, and valuable; the losses intangible, unmeasured, and at some level invaluable. The consequences of the university's immersion in the marketplace are thus incommensurate.“

Die Transformation von Universitäten in Unternehmen bringt einen gravierenden Wandel der akademischen Welt mit sich, der weit über das hinausgeht, was in der amerikanischen Forschungsliteratur bisher erfaßt worden ist. Das gilt insbesondere dann, wenn als Vergleichshintergrund nicht die ohnehin schon immer von unternehmerischem Denken geprägten Verhältnisse an den ameri-

kanischen Universitäten gewählt wird, sondern diejenigen der deutschen Universitäten und ihres historisch verwurzelten Selbstverständnisses.

Literatur

- Ben-David, Joseph 1971: *The Scientist's Role in Society. A Comparative Study*. Englewood Cliffs, N. J.: Prentice Hall
- Berg, Gary 2005: *Lessons from the Edge: For-Profit and Nontraditional Higher Education in America*. Westport, CT: Greenwood/Praeger
- Bok, Derek 2003: *Universities in the Marketplace: The Commercialization of Higher Education*. Princeton, N. J.: Princeton University Press
- Cambell, John L. und Ove K. Pedersen (Hg.) 2001: *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton, N. J.: Princeton University Press
- Clark, Burton 1998: *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*. Oxford und New York: Pergamon Press
- Delanty, Gerard 2001: *Challenging Knowledge. The University in the Knowledge Society*. Buckingham: Open University Press
- Fourcade, Marion 2006: „The construction of a global profession: The transnationalization of economics“, in: *American Journal of Sociology* 112 (1), S. 145-194
- Frank, David und Jay Gabler 2006: *Reconstruction the University: Worldwide Shifts in Academia in the 20th Century*. Stanford, CA: Stanford University Press
- Geiger, Roger L. 2004: *Knowledge and Money: Research Universities and the Paradox of the Marketplace*. Stanford, CA: Stanford University Press
- Lewin, Tamar 2008: „American Universities find a global market“, in: *The New York Times International Weekly*. Beilage der Süddeutschen Zeitung vom 18. Februar 2008, S. 3
- McSherry, Corynne 2001: *Who Owns Academic Work. Battling for Control of Intellectual Property*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press
- Schelsky, Helmut 1971: *Einsamkeit und Freiheit*. 2. erw. Aufl. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag
- Schultz, Tanjev 2008: „Unterfordert. Ruf nach Kursen für Hochbegabte“, in: *Süddeutsche Zeitung* 64, Nr. 11 vom 14. Januar 2008, S. 16
- Slaughter, Sheila und Larry L. Leslie 1997: *Academic Capitalism: Politics, Policies, and the Entrepreneurial University*. Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press
- Slaughter, Sheila und Garry Rhoades 2004: *Academic Capitalism and the New Economy. Markets, State, and Higher Education*. Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press
- Washburn, Jennifer 2005: *University, Inc.: The Corporate Corruption of American Higher Education*. New York: Basic Books

Weingart, Peter 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft

[17.07.09]

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Richard Münch
Universität Bamberg
Lehrstuhl Soziologie II
Lichtenhaiderstr. 11
D – 96045 Bamberg